



Nr. 46

24. November 2011

## Inhalt:

[Gesetzentwurf zur Wiedergewährung der Sonderzahlung dem Innenausschuss zugewiesen+++](#)  
[dbb bundesfrauenvertretung: Beim Ausbau der Kinderbetreuung Tempo machen+++](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[BBB zum Nachtragshaushalt: Lob ist schön – aber kein anerkanntes Zahlungsmittel+++](#)  
[Kritik des dbb brandenburg: „Mit Unverstand zu einer ineffizienten Verwaltung“+++](#)  
[dbb sachsen-anhalt im Gespräch mit Innenminister: Landesverwaltungsamt hat Zukunft+++](#)  
[VBOB: Vertrauensvolle Zusammenarbeit sieht anders aus+++](#)  
[DSTG für Abschaffung der Abgeltungsteuer+++](#)  
[Deutscher Gerichtsvollzieher Bund jetzt Mitglied des EJN+++](#)  
[GDL: Tarifkonflikte mit vier Betreibern beendet+++](#)  
[DPVKOM: Gründung eines Arbeitgeberverbandes für die Call-Center-Branche war überfällig+++](#)  
[DPoIG: Politische Verantwortung nicht auf die Belegschaft abwälzen+++](#)  
[Deutscher Lehrertag bejaht Inklusion und fordert nötige Ressourcen ein+++](#)  
[Philologenverband: Unterrichtsausfall eindämmen, Vertretungsreserve schaffen+++](#)

## Namen und Nachrichten +++

aktuell

## Gesetzentwurf zur Wiedergewährung der Sonderzahlung dem Innenausschuss zugewiesen

**(dbb) Der Deutsche Bundestag hat am 11. November 2011 den von den Fraktionen der CDU/CSU und FDP am 8. November 2011 eingebrachten Gesetzentwurf zur Wiedergewährung der restlichen Sonderzahlung dem zuständigen Innenausschuss zur Beratung zugewiesen.**

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass der seit 2006 nicht ausgezahlte Teil der Sonderzahlung des Bundes in Höhe von 2,44 Prozent ab 1. Januar 2012 und nicht erst ab 2015 wieder gewährt werden soll. Die Wiedergewährung erfolgt – so wie es im Dienstrechtsneuordnungsgesetz vorgesehen ist – durch eine entsprechende anteilige Erhöhung der Monatsbeiträge der Gehaltstabellen.

Der dbb hatte stets das Hinausschieben des ursprünglich im Gesetz vorgesehenen Wiederauflebens der Sonderzahlung zum 1. Januar 2011 auf 2015 als massiven Vertrauensbruch kritisiert. Der Gesetzentwurf sei Anerkennung für die Leistungen der Bundesbeamtinnen und

Bundesbeamten zum Wohle des Gemeinwesens und aus Sicht des dbb geeignet, das verlorene Vertrauen in den Dienstherrn wieder herzustellen.

Der Innenausschuss des Bundestages wird über den Gesetzentwurf voraussichtlich am 30. November beraten, so dass die zweite und dritte Lesung noch in der gleichen Woche stattfinden können. Die abschließende Befassung durch den Bundesrat könnte durch eine Verkürzung der Frist am 16. Dezember 2011 erfolgen und das Gesetz nach Unterzeichnung durch den Bundespräsidenten zum 1. Januar 2012 in Kraft treten.

(01/46/11)

## dbb bundesfrauenvertretung: Beim Ausbau der Kinderbetreuung Tempo machen

**(dbb) Die dbb bundesfrauenvertretung hat einen zügigen Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren gefordert. „Gerade einmal jedes vierte Kind in dieser Altersgruppe wird in einer geförderten Betreuungseinrichtung betreut. Das bedeutet einen Zuwachs an Betreuungsplätzen innerhalb eines Jahres von mickrigen zwei Prozent. Bund, Länder und Kommunen müssen jetzt ordentlich Tempo machen, um das gesteckte Minimalziel einer bundesweiten Betreuungsrate von 35 Prozent bis 2013 zu erreichen. Mehr als 230 000 Plätze müssen dafür noch geschaffen werden“, sagte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, am 8. November 2011.**

Gleichzeitig kritisierte sie das Vorhaben der Regierungskoalition, ein „teures“ Betreuungsgeld einzuführen, anstatt den Wünschen der Bevölkerung nach mehr außerhäusiger Betreuung nachzukommen. Bei der Finanzierung des Kita-Ausbaus müsse nachgebessert werden. Auch woher gut ausgebildetes Personal kommen soll, müsse geklärt werden. „Der im Kinderförderungsgesetz festgeschriebene Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für alle Kinder ab dem ersten Lebensjahr, der zum Kindergartenjahr 2012/13 wirksam wird, muss auf seine Umsetzbarkeit geprüft werden – im

Hinblick auf dessen Auswirkungen auf die Situation der Beschäftigten in den zuständigen kommunalen Verwaltungen und Betreuungseinrichtungen, aber auch um mögliche Klagewellen zu vermeiden“, sagte Wildfeuer.

Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, wurden zum 1. März 2011 rund 517 000 Kinder und somit 45 000 Kinder mehr als im Vorjahr extern betreut. Damit stieg die Betreuungsquote im Bundesdurchschnitt von 23,1 Prozent auf 25,4 Prozent.

(02/46/11)

## **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

### **BBB zum Nachtragshaushalt: Lob ist schön – aber kein anerkanntes Zahlungsmittel**

**(dbb) Als „bittere Enttäuschung“ hat es Rolf Habermann, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes (BBB) bezeichnet, dass das bayerische Kabinett mit seinen am 19. November 2011 bekanntgegebenen Beschlüssen zum Nachtragshaushalt 2012 die Entscheidungen des Koalitionsausschusses nachvollzogen hat. Schritt zwei der Besoldungsanpassung erfolgt danach erst zum 1. November 2012 – 19 Monate später als bei den Tarifanstellungen. „Wir freuen uns über Dank und Lob – kaufen können wir uns davon allerdings nichts“, sagte der BBB-Chef.**

„Motivation und Anerkennung sehen anders aus“, so Habermann. In einer Zeit, in der Rekordsteuereinnahmen sprudeln, sei es nicht nachvollziehbar, wenn Beamte und Versorgungsempfänger derart hingehalten würden. Für Tarifbeschäftigte (Angestellte) erfolgte die Anhebung um 1,5 Prozent bereits zum 1. April 2011. „Eine derartige Verzögerung war noch nie da“, kritisierte Habermann. „Und das, obwohl Bayern stets betont hat, die Länderkom-

petenz nicht zu Einsparungen missbrauchen zu wollen.“

Mit der Nullrunde in 2011 habe die bayerische Beamtenschaft bereits einen erheblichen Sparbeitrag erbracht. „Die Konsequenz kann nicht sein, sie noch fast ein ganzes Jahr lang hinzuhalten und die Monate dazwischen mit überschwänglichem Lob zu überbrücken“, meinte Habermann.  
(03/46/11)

### **Kritik des dbb brandenburg: „Mit Unverstand zu einer ineffizienten Verwaltung“**

**(dbb) Mit scharfer Kritik hat der Hauptvorstand des dbb brandenburg, höchstes Gremium zwischen den Gewerkschaftstagen, auf Modernisierungspläne für die öffentliche Verwaltung des Landes reagiert. Die Vorhaben waren am 14. November 2011 von der Staatskanzlei in einer Mitteilung unter der Überschrift „Mit Sachverstand und Augenmaß für einen modernen Staat“ veröffentlicht worden. Der Hauptvorstand des dbb brandenburg stellte als Motto dagegen: „Mit Unverstand und Arroganz zu einer ineffizienten Verwaltung“.**

Hier werde der Versuch unternommen, die anstehende Halbzeitbilanz der rot-roten Landesregierung in ein positives Licht zu rücken - ohne Rücksicht darauf, dass auf diese Weise Tarifvertragspartner, viele Mitarbeiter in den Verwaltungen und auch externe Sachverständige für Verwaltungsmodernisierung brüskiert werden, erklärte der dbb Landesbund.

Mit dem Tarifvertrag zum Verwaltungsumbau vom Januar 2009 war die Landesregierung die Verpflichtung eingegangen, den paritätisch von Landesregierung und Gewerkschaften besetzten Beirat zur Begleitung der Umbauprozesse „rechtzeitig und umfassend über geplante umbaurelevante Projekte“ zu informieren. Die-

se Geschäftsgrundlage habe die Landesregierung mit ihrer Mitteilung - einen Tag vor der Beirat-Sitzung - verlassen.

Wenn die Landesregierung meine, ihr sei mit diesem Papier der Nachweis der politischen Handlungsfähigkeit und ein großer Schritt hin zu einer zukunftsfähigen Verwaltung gelungen, „so ist dieser Versuch gründlich in die Hose gegangen“, sagte der dbb-Landesvorsitzende Heinz-Egon Müller. „Die vermeintlichen Modernisierungsvorhaben sind nicht geeignet, den sich verschärfenden Konflikt zwischen unverändertem Aufgabenbestand und fortgesetztem Personalabbau zu lösen.“  
(04/46/11)

## **dbb sachsen-anhalt im Gespräch mit Innenminister: Landesverwaltungsamt hat Zukunft**

**(dbb) Der Landesvorsitzende des dbb sachsen-anhalt, Maik Wagner, und sein Stellvertreter Ulrich Stock sind am 14. Oktober 2011 zu einem Spitzengespräch mit Innenminister Holger Stahlknecht zusammengekommen. Im Mittelpunkt standen die Zukunft des Landesverwaltungsamtes und Regelungen zum Aufbau der öffentlichen Verwaltung durch ein Organisationsgesetz.**

Stahlknecht betonte, dass er das Landesverwaltungsamt für unverzichtbar halte und es auch in Zukunft Bestand habe. Der vom Innenministerium erarbeitete Entwurf eines Landesorganisationsgesetzes mit einem dreistufigen Verwaltungsaufbau sei derzeit nicht konsensfähig.

Unterschiedliche Äußerungen zur Zukunft des Landesverwaltungsamtes und die Verlagerung von Aufgaben (Schulverwaltung, Landesjugendamt, Großschutzgebiete) aus dem Landesverwaltungsamt sorgen für Verwirrung und verunsichern die Beschäftigten, machten die

dbb Funktionäre deutlich. dbb-Landesvorsitzender Maik Wagner machte klar, dass der Beamtenbund Befürworter eines dreistufigen Verwaltungsaufbaus sei. „Statt des Nebeneinanders vieler Sonderbehörden brauchen wir das Landesverwaltungsamt als zentrale Koordinierungs- und Bündelungsbehörde unter gleichzeitiger Integration der Allgemeinen und der Fachverwaltung auch in Zukunft - nicht zuletzt um einen einheitlichen Vollzug der Vorschriften zu gewährleisten und die Ministerien von Verwaltungsaufgaben zu entlasten“, sagte Wagner.  
(05/46/11)

## **VBOB: Vertrauensvolle Zusammenarbeit sieht anders aus**

**(dbb) Der Verband der Beschäftigten der obersten und oberen Bundesbehörden (VBOB) hat sich erneut kritisch zu den Plänen von Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière geäußert und ihm – gemeinsam mit Bundestagsabgeordneten der Bonner Region – einen Bruch des Bonn-Berlin-Gesetzes vorgeworfen. De Maizière treibe seine Pläne, weite Teile des Ministeriums von Bonn nach Berlin zu verlagern, weiter voran.**

Wie der Bonner „General-Anzeiger“ (Ausgabe vom 22. November 2011) berichtete, habe die Runde der Bundestagsabgeordneten von SPD, Grünen, CDU und Linke mit Personalräten der Bundesministerien und Vertretern der Bonner Gewerkschaften beraten und den Minister aufgerufen, „sich endlich an die Vorgaben des gültigen Berlin-Bonn-Gesetzes zu halten und den geplanten Rechtsbruch zu unterlassen“. „Wie eine Regierung von ihren Beschäftigten loyale Pflichterfüllung unabhängig von persönlichen Vorlieben und parteipolitischen Präferenzen erwarten kann, so müssen sich auch die Beschäftigten auf die Einhaltung von Gesetzen und Zusagen ihres Dienstherrn verlassen können“, stellten Personalräte und Abgeordnete gemeinsam fest.

Hans-Ulrich Benra, Bundesvorsitzender des VBOB, blicke besorgt auf den Umgang mit den

Beschäftigten und dem Personalrat im Bundesverteidigungsministerium, schreibt das Blatt und zitiert Benra mit den Worten: „Vertrauensvolle Zusammenarbeit sieht anders aus.“

Zurzeit besteht das Verteidigungsministerium aus 3.050 Posten, davon 600 in Berlin, 2.450 in Bonn. In Zukunft soll das Ministerium auf 2.000 Posten schrumpfen: 1.250 Berlin sollen es in Zukunft in Berlin sein, 750 Bonn. „Diese Personalverteilung wäre ein klarer Rechtsbruch“, so Benra, der die Zahl der Berlin-Befürworter im Bundestag „kontinuierlich“ wachsen sieht. „Aber das darf ja nicht Anlass dafür sein, gegen ein organisationspolitisches Gesetz, das man mal selbst zur Bindung an die Aufgabenverteilung gemacht hat, zu verstoßen“, sagte Benra. Ein Vertrauensverstoß wäre nicht akzeptabel.  
(06/46/11)

## DSTG für Abschaffung der Abgeltungsteuer

**(dbb) Der Bund baut eine Datei aller Kirchensteuerzahler beim Bundeszentralamt für Steuern auf. Wie die „Stuttgarter Nachrichten“ (Ausgabe vom 17. November 2011) berichten, soll diese dann ab 2014 sicherstellen, dass die Kirchen die ihnen zustehenden Steuern aus Kapitalerträgen und Aktienspekulationsgewinnen auch bekommen. Bislang gehen die Kirchen häufig leer aus, weil sich die Anleger drücken. Genaue Zahlen über das Kirchensteueraufkommen aus der Abgeltungsteuer gibt es nicht.**

Nun hat der Bundestag eine zentrale Konfessionsdatei beschlossen, in der abgelegt wird, welches Bekenntnis der Steuerzahler hat.

Thomas Eigenthaler, Bundesvorsitzender der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG), hat im Prinzip nichts gegen die Kirchensteuerzahlerdatei. Er lehnt die Abgeltungsteuer grundsätzlich ab, weil diese Kapitalvermögen privilegiert. „Bei Arbeitnehmern und Rentnern langt

der Fiskus kräftig zu, in der Spitze werden bis zu 42 Prozent Steuern fällig. Auf Gewinne aus Kapitalvermögen werden grundsätzlich nur 25 Prozent Steuern fällig. Das ist nicht gerecht. Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft fordert die Abschaffung der Abgeltungsteuer“, sagte Eigenthaler der Zeitung.  
(07/46/11)

## Deutscher Gerichtsvollzieher Bund jetzt Mitglied des EJN

**(dbb) Der Deutsche Gerichtsvollzieher Bund (DGVB) ist jetzt Mitglied im Europäischen Justiziellen Netz für Zivil- und Handelssachen (EJN).**

Wie der DGVB mitteilte, sind der Bundesvorsitzende Walter Gietmann und sein Stellvertreter Karl-Heinz Brunner am 7. November 2011 auf Anregung des Bundesjustizministeriums zu einem ausführlichen Gespräch mit der Bundeskontaktstelle im EJN in Bonn zusammengekommen. Dabei sei festgestellt worden, dass eine Mitgliedschaft des DGVB im EJN beiden Seiten Vorteile bringe. Dadurch könnten praktische Aspekte der Zwangsvollstreckung zur Realisierung der zivilrechtlichen Schuldtitel in die justizielle Zusammenarbeit in Europa einfließen, erklärte Gietmann. Nachdem der Bundesvorstand des DGVB die Bereitschaft zur Mitarbeit erklärte, wurde der DGVB offiziell als Mitglied in das EJN aufgenommen.

Nach der Bundesrechtsanwaltskammer, der Bundesnotarkammer, der Patentanwaltskammer und dem Deutschen Anwaltverein ist der Deutsche Gerichtsvollzieher Bund das fünfte von Deutschland benannte Mitglied aus dem Bereich der Berufskammern und -verbände im EJN.

Mit der Bundeskontaktstelle des EJN wurden bereits einige aktuelle vollstreckungsrechtliche Probleme in Europa besprochen, so Gietmann weiter. Vereinbart wurden ein ständiger Erfahrungsaustausch sowie eine intensive Zusammenarbeit in Fragen der Zustellungen und Zwangsvollstreckungen in Europa.  
(08/46/11)

## GDL: Tarifkonflikte mit vier Betreibern beendet

**(dbb) Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) hat am 20. November 2011 mit der cantus Verkehrsgesellschaft und der Ostdeutschen Eisenbahngesellschaft (ODEG) Tarifverträge abgeschlossen. Nach einem elfwöchigen Schlichtungsverfahren seien Haustarifverträge und der Betreiberwechseltarifvertrag unterzeichnet worden, teilte die GDL mit.**

Damit sei der zehnmönatige, harte Tarifkonflikt beendet, sagte GDL-Vorsitzender Claus Weselsky. Er bedankte sich beim Schlichter, dem früheren sächsischen Ministerpräsidenten

Georg Milbradt. Weitere Streiks bei cantus und ODEG seien damit vom Tisch.

Nach Angaben der GDL wurden in den Haustarifverträgen für alle Berufsgruppen der ODEG im Jahr 2012 eine Lohnerhöhung von sechs Prozent, bei cantus von fünf Prozent verankert. Bei beiden Unternehmen komme 2013 nochmals ein Volumen von rund drei Prozent hinzu. Daneben sei eine bessere psychologische Betreuung der Lokführer vereinbart worden. Auch bei Arbeitszeit, Tarifstrukturen und Zuschlägen gebe es Verbesserungen, erklärte die GDL.

Nur wenige Stunden nach den Abschlüssen mit ODEG und cantus schloss die GDL auch mit der AKN Eisenbahn und der metronom Eisenbahngesellschaft Tarifverträge ab. Mit

metronom sei darüber hinaus mit Wirkung zum 1. Juli 2013 der Betreiberwechselfarvertrag vereinbart worden. „Damit ist die Angst um den Arbeitsplatz nach einer verlorenen Ausschreibung auch dort dauerhaft gebannt und es kann künftig der nahtlose und geordnete Übergang der Lokomotivführer zwischen den Unternehmen erfolgen“, sagte der GDL-Bundesvorsitzende Claus Weselsky.

Das Schlichtungsverfahren bei der Nord-Ostsee-Bahn unter Vorsitz des ehemaligen Verkehrsministers von Sachsen-Anhalt Karl-Heinz Daehre werde voraussichtlich bis Ende Dezember dauern.  
(09/46/11)

## **DPVKOM: Gründung eines Arbeitgeberverbandes für die Call-Center-Branche war überfällig**

**(dbb) Als „längst überfällig“ hat die Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM) den am 16. November 2011 vom Call Center Verband Deutschland (CCV) gefassten Beschluss zur Gründung eines Zweckverbandes der Arbeitgeber bezeichnet. „Mit diesem Arbeitgeberverband wollen wir nun schnellstmöglich tarifvertragliche Regelungen treffen, die Mindestentgelte und Mindestarbeitsbedingungen für die Call-Center-Beschäftigten vorsehen“, erklärte der stellvertretende DPVKOM-Bundesvorsitzende Karlheinz Vernet Kosik.**

Der Beschluss des Branchenverbandes ebne den Weg, die Arbeits- und Entgeltbedingungen der rund 92.000 in externen Call-Centern Beschäftigten durch Tarifverträge zu verbessern. Vernet Kosik weiter: „Es darf nicht sein, dass Vollzeitbeschäftigte in Call-Centern mit Stundenlöhnen von 5,75 Euro oder 6,45 Euro abgespeist werden und Hartz IV-Leistungen beantragen müssen, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Wir brauchen eine Lohnuntergrenze von 9,50 Euro, damit die Menschen von ihrer Hände Arbeit leben können.“ Offensichtlich hätten nun auch die Unternehmen der Branche erkannt, dass hier Handlungsbedarf besteht. Mittlerweile merkten die Arbeitgeber, dass sie kaum noch qualifi-

ziertes Personal finden, das bereit ist, für solche Niedrigstlöhne zu arbeiten. Nach Angaben des CCV gibt es zurzeit rund 20.000 offene Stellen und akute Nachwuchsprobleme in der Branche.

Vernet Kosik kritisierte nochmals, dass der von DPVKOM und dbb initiierte Antrag auf Einführung eines Call-Center-Mindestlohns von 9,50 Euro nach dem Mindestarbeitsbedingungengesetz im Juli dieses Jahres abgelehnt wurde. Damals entschied der für die Festsetzung von Mindestarbeitsentgelten zuständige Hauptausschuss, dass in der Call-Center-Branche keine sozialen Verwerfungen bestehen.  
(10/46/11)

## **DPoIG: Politische Verantwortung nicht auf die Belegschaft abwälzen**

**(dbb) Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) hat davor gewarnt, die Verantwortung für Defizite in der Terrorismusbekämpfung auf die Belegschaften von Polizei und Verfassungsschutzämtern abzuwälzen. Nach den Anschlägen des 11. September 2001 seien umfangreiche Schritte zur Bekämpfung des islamistischen Terrors unternommen worden, neue Aufgaben seien auf die Sicherheitsbehörden zugekommen. Zusätzliches Personal, zweckdienliche Gesetze und ausreichende technische Ausstattungen hat es nach Auffassung des DPoIG-Bundesvorsitzenden Rainer Wendt „nie gegeben“.**

Die Konzentration der Sicherheitsbehörden auf die Bekämpfung des islamistischen Terrorismus sei notwendig und richtig gewesen. „Konsequenterweise hätten hierzu auch zusätzliches Personal und mehr finanzielle Ressourcen gehört, um keine Defizite in anderen Bereichen entstehen zu lassen“, sagte Wendt am 17. November 2011.

„Die Beschäftigten der Sicherheitsbehörden haben im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben

und der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel alles getan, um Terrorismus in allen Erscheinungsformen zu bekämpfen. Es ist ungerecht, entstandene Defizite denjenigen zuzurechnen, die nicht für die Arbeitsbedingungen zuständig sind, unter denen Polizei und Verfassungsschutzämter arbeiten, denn dafür trägt die Politik die Verantwortung“, so Wendt. (11/46/11)

## Deutscher Lehrertag bejaht Inklusion und fordert nötige Ressourcen ein

**(dbb) 1.200 Pädagoginnen und Pädagogen aus dem ganzen Bundesgebiet sowie Kultuspolitiker und Abgeordnete aus Bundestag und NRW-Landtag nahmen am Deutschen Lehrertag 2011 teil, der am 18. November 2011 in Dortmund ausgerichtet wurde. Unter dem Motto „individualisieren, integrieren, inkludieren“ standen die pädagogischen Herausforderungen eines individualisierten Unterrichts in heterogenen Lerngruppen und die schulpraktischen Konsequenzen im Mittelpunkt, die sich aus der Schaffung eines inklusiven Bildungssystems ergeben, zu dem sich Deutschland mit seiner Unterschrift unter die UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet hat. Veranstalter des Deutschen Lehrertages waren der Verband Bildung und Erziehung (VBE), VdS Bildungsmedien und Stiftung Partner für Schule NRW.**

VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann sagte zur Eröffnung: „Wir wollen ein inklusives System, aber es muss so ausgestaltet sein, dass sowohl Kinder mit als auch ohne Behinderung zu Gewinnern werden. Ein gemeinsamer Unterricht, der chronisch unterfinanziert ist, schafft diese Vorteile mit Sicherheit nicht. Die Länder müssen ohne Wenn und Aber die UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen und ein inklusives Bildungssystem schaffen.“

Beckmann verwies auf die jüngste Infratest Meinungsumfrage im Auftrag des VBE. „70 Prozent der Bundesbürger vermessen in der Politik die Bereitschaft, gemeinsames Lernen finanziell abzusichern und ausreichend viele Lehrer und Sonderpädagogen zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig sehen drei Viertel der Bundesbürger Vorteile des gemeinsamen Ler-

nens für alle Kinder dieser Klassen in Grundschulen und mehr als zwei Drittel der Bundesbürger sehen diese Vorteile auch für die weiterführenden Schulen. Die Länder müssen die Inklusion nicht nur in den Schulgesetzen verankern, sondern eben auch die nötigen Ressourcen bereitstellen. Der politische Umgang mit Inklusion offenbart noch eine andere Schwachstelle im bundesrepublikanischen Bildungssystem. Das im Grundgesetz verankerte Kooperationsverbot von Bund und Ländern verhindert, dass Bund, Länder und Kommunen die Inklusion als gemeinsame Aufgabe tatsächlich gemeinsam stemmen. Das Kooperationsverbot muss fallen.“

(Die Umfrage unter [www.vbe.de/presse/meinungsumfragen](http://www.vbe.de/presse/meinungsumfragen)) (12/46/11)

## Philologenverband: Unterrichtsausfall eindämmen, Vertretungsreserve schaffen

**(dbb) Eine Vertretungsreserve im Umfang von rund acht Prozent der Lehrerstellen in allen Bundesländern hat der Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPHV), Heinz-Peter Meidinger, am 18. November 2011 gefordert.**

Aufgrund der in mehreren Bundesländern vorgelegten Statistiken zum Unterrichtsausfall und aufgrund eigener Schätzungen geht der Philologenverband davon aus, dass derzeit bundesweit an den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen rund drei bis vier Prozent des Unterrichts ersatzlos ausfallen und zusätzlich rund vier bis sechs Prozent nicht stundenplan-gerecht erteilt werden.

„Auf eine ausfallende Stunde kommen somit ein bis zwei weitere Stunden, die nicht nach Stundenplan stattfinden. Bei einem Gesamtvo-lumen von circa 13 bis 14 Millionen Unter-richtsstunden, die die 765.000 Lehrkräfte in Deutschland pro Woche halten müssen, betrifft dies rund eine Million Unterrichtsstunden, die nicht nach Stundenplan gehalten werden, aus-fallen oder nicht fachgerecht vertreten werden können. Wie entsprechende Meinungsumfra-gen aus den vergangenen beiden Jahren zei-gen, sind Unterrichtsausfall und die hohen Klassenstärken in den Augen der Eltern die beiden größten Problemfelder im deutschen Bildungswesen“, sagte Meidinger.

## Namen und Nachrichten

(dbb) Nach der rechtsterroristischen Mordserie hat die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende **Kirsten Lühmann** vor übereilten Schuldzu-weisungen gewarnt. Auf die Frage, wer ver-sagt habe, sagte Lühmann der in Oldenburg erscheinenden „Nordwest-Zeitung“ (Ausgabe vom 17. November 2011): „Für eine Antwort ist es noch zu früh.“ Es müssten Informationen aus allen Ländern und Verfassungsschutzäm-tern zusammengetragen werden. „Und darin steckt ein Teil des Problems. Augenscheinlich funktionieren Informationswege nicht so wie sie sollten“, so die dbb Vize. Ein zentrales „Abwehrzentrum Rechts“ ist nach Lühmans Auffassung nicht notwendig. „Aber wir brau-chen im Verfassungsschutz eine Situation, wie wir sie schon einmal hatten: Jeder Teil des Extremismus wird beobachtet. Nach den An-schlägen in New York vom 11. September 2001 haben wir eine sehr starke Abteilung zum islamistischen Terrorismus aufgebaut. Aller-dings wurde das Personal teilweise aus den anderen Abteilungen abgezogen. Dazu kommt, dass in den letzten beiden Jahren Programme und Beobachtungen gegen Rechts geschwächt wurden, weil das gleiche Personal auch die

Besonders betroffen sind berufliche Schulen und Gymnasien, am geringsten ist der Stun-denausfall im Grundschulbereich. Der Ver-bandsvorsitzende sieht die Ursachen dieses hohen Unterrichtsausfalls nicht in einem über-durchschnittlich hohen Krankenstand bezie-hungsweise dem gestiegenen Fortbildungsbe-darf von Lehrkräften, sondern hauptsächlich darin begründet, dass in keinem einzigen Bun-desland eine ausreichende Lehrerreserve zur Verfügung steht. In den meisten Bundeslän-dern decken die Mittel für Vertretungslehrkräf-te nur 1,5 bis 2,5 Prozent der Gesamtlehrer-stellen ab.

Konkret schlägt der DPhV für den Bereich der Gymnasien vor, sowohl eine integrierte Lehrer-reserve an der jeweiligen Einzelschule mit Ersatzlehrkräften in den Kernfächern zu schaf-fen als auch zusätzlich eine mobile Lehrerre-serve aufzubauen, die überregional eingesetzt werden kann.  
(13/46/11)

linke Szene beobachten sollte.“ Für die intensi-ve Beobachtung von extremistischen Gruppie-rungen müsse ausreichend Personal zur Verfü-gung stehen.

Der dbb mecklenburg-vorpommern hat die erste Lesung im Landtag Mecklenburg-Vorpommern zur Besoldungsanpassung als Signal für mehr Verlässlichkeit gegenüber dem Personal des öffentlichen Dienstes gewertet. Schließlich seien seit der Einigung mit Finanz-ministerin Heike Polzin mehr als sieben Monate vergangen, sagte dbb-Landeschef **Dietmar Knecht** am 16. November 2011. Nun seien auch für die aktiven Landes- und Kommunal-beamten (wie bereits im Frühjahr bei den Ta-rifbeschäftigten des Landes) neben einer Ein-malzahlung von 360 Euro eine Anhebung der Bezahlung um 1,5 Prozent zum 1. April 2011 und eine weitere Anhebung um 1,9 Prozent plus einer darauf aufsetzenden Zahlung von 17 Euro zum 1. Januar 2012 vorgesehen. „Mit der Überweisung an den Finanzausschuss ist heute gleichzeitig der Grundstein für eine Abschlags-zahlung noch vor Weihnachten gelegt wor-den“, stellte Knecht fest.



Der Landeshauptvorstand des **dbb saar**, höchstes Beschlussorgan nach dem Landesgewerkschaftstag, hat sich in seiner Sitzung am 15. November 2011 schwerpunktmäßig mit den Sparmaßnahmen der Landesregierung in den Haushaltsjahren 2011 und 2012 sowie mit den Folgewirkungen der Schuldenbremse für die Beschäftigten des Landesdienstes auseinander gesetzt. Der Landeshauptvorstand forderte für den Nachtragshaushalt 2012 eine nach Besoldungsgruppen gestaffelte Einmalzahlung, für 2012 die Anpassung der Besoldung um 1,9 Prozent zusätzlich eines monatlichen Sockelbetrages von 17 Euro, die Rücknahme der Absenkung der Eingangsbesoldung sowie eine Anhebung des Beförderungsbudgets. „Beamtinnen und Beamte erbringen gute, verlässliche und unverzichtbare Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger. Dafür erwarten sie eine faire Teilnahme an der Einkommensentwicklung und den Gleichklang zum Tarifbereich im öffentlichen Dienst“, erklärte der Landeshauptvorstand. Mit den Sparbeschlüssen 2011/2011 sei Gerechtigkeit nicht mehr gegeben.

Der Seniorenverband BRH hat am 16. November 2011 auf seiner Bundesvorstandssitzung in Kassel **Gertrud Schäffler-Kroner** zur neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Schäffler-Kroner (63), bislang Bundesleitungsmitglied und Schatzmeisterin des BRH, tritt die Nachfolge von Dieter Berberich an, der den BRH seit Juni 2009 geleitet und im Oktober 2011 den Landesvorsitz des BRH Baden-Württemberg übernommen hatte. In Kassel gleichfalls gewählt wurden Wolfgang Imming, Mecklenburg-Vorpommern, sowie als Schatzmeister Bernhard Bröer, Kiel, wie der BRH mitteilte. Schäffler-Kroner kündigte an, die Kontakte zum dbb pflegen zu wollen. Schwerpunkte ihrer Arbeit sehe sie im Kampf gegen die zunehmende Altersarmut, in der nach über 20 Jahren überfälligen Herbeiführung der Rentengerechtigkeit zwischen Ost und West sowie in der Mitgliederengewinnung.

Der Deutsche Philologenverband (DPhV) ist enttäuscht von den schulpolitischen Bestandteilen der Berliner rot-schwarzen Koalitionsvereinbarung. DPhV-Vorsitzender **Heinz-Peter Meidinger** warf der Union vor, sie habe „keinerlei eigene Akzente setzen können“. „Entweder hat die CDU von vornherein hier kein Interesse gezeigt und das schulpolitische Feld der SPD überlassen oder sie hat sich komplett über

den Tisch ziehen lassen“, sagte Meidinger am 17. November 2011. Besonders bitter sei, dass die Union das leistungsfeindliche Losverfahren bei der Zuweisung zu Gymnasien und Sekundarschulen akzeptiert hat. Auch seien trotz größter Nachfrage keine zusätzlichen grundständigen Gymnasien durchgesetzt und bei der Frage der Verbeamtung von Lehrkräften kapituliert worden. „Berlin wird die verpassten Chancen zu einer Neuorientierung in diesen Fragen noch bitter zu spüren bekommen“, zeigte sich Meidinger überzeugt.

(14/46/11)